



**Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-291
E-Mail: info@kommunen-in-nrw.de
Internet: www.kommunen-in-nrw.de

Aktenzeichen: III N 5
Ansprechpartner:
Beigeordneter Gerbrand
Hauptreferent Thomas
Durchwahl 0211 • 4587-241/-233

Je besonders an die

1. Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
2. stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
3. ständigen Gäste

30. März 2015

**Niederschrift
über die
109. Sitzung des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
am 4. März 2015 in Düsseldorf**

I. Teilnehmer

1. Ordentliche Mitglieder:

Ratsmitglied	Altenhein	Sprockhövel
Fraktionsvorsitzende	Bräutigam	Odenthal
Bürgermeister	Büscher	Much
Bürgermeister	Dahlhoff	Bad Sassendorf
Bürgermeister	Francken	Weeze
Bürgermeister	Franzke	Steinheim
Bürgermeister	Hilchenbach	Drolshagen
Bürgermeister	Jansen	Hückelhoven
Ratsmitglied	Lamprecht	Grefrath
Stv. BM	Nick	Unna
Stv. BM	Pantke	Paderborn
1.Beigeordneter	Rötters	Moers
1.Beigeordneter	Sassenhof	Overath
1.Beigeordneter	Sendermann	Olfen
Stv.BM	Störmer	Hamminkeln
Bürgermeister	Dr. Wulf	Augustdorf
Bürgermeister	Zillikens	Jüchen

2. Stellvertretende Mitglieder:

RM	Susel	Olpe
Bürgermeister	Dr. Schulze Pellengahr	Velen

3. Ständige Gäste

Geschäftsführer	Pagenkopf	Landesbetrieb Straßenbau NRW
-----------------	-----------	------------------------------

4. Gäste:

Geschäftsführer	Lennardt	ExperConsult
Leiter Verkehr u. Umwelt	Dr. Suthold	ADAC
Senior Berater	Dr. Koch	Mobilité Unternehmensberatung

5. Geschäftsstelle:

Beigeordneter Gerbrand
Hauptreferent Thomas

6. Vorsitz:

1. Beigeordneter Rötters, Moers

(Teilnehmerliste ist beigefügt **Anlage**)

II. Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 108. Sitzung am 09. April 2014
- 2.1. Wahl der/des Ausschussvorsitzenden
- 2.2. Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
3. Perspektiven zur Nutzung von Gewerbe- und Konversionsflächen
BE: Jörg Lennardt, ExperConsult
BE: Geschäftsstelle
4. Parkraummanagement in den Kommunen
BE: Dr. Roman Suthold, ADAC
Dr. Hendrik Koch, mobilité Unternehmensberatung
5. Netzwerk „Verkehrssicherheit und Mobilität“
BE: Geschäftsstelle
6. Erfahrungsaustausch zum Breitbandausbau in den Kommunen
BE: Geschäftsstelle
7. Ergebnisse der Umfrage zur mittelstandsfreundlichen Verwaltungspraxis in den Kommunen
BE: Geschäftsstelle
8. Verschiedenes
 - Gemeinde-Verkehrsfinanzierung / Maut GE
 - Motorradlärm in Tourismuskommunen
 - Erste Umsetzungsschritte der EU-Strukturperiode 2014-2020
 - Bericht aus dem Mittelstandsbeirat
 - Jahreskongress „Kommunale Wirtschaftsförderung“
 - Zulassung von Altkennzeichen in NRW
 - Steuerlicher Querverbund – Sachstand
 - Zeit und Ort der 110. Sitzung

III. Ergebnisse

Zu TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die 108. Sitzung

Die Niederschrift über die 108. Sitzung des Ausschusses am 9. April 2014 wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2.1.: Wahl der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende 1.Beigeordneter Rötters, Stadt Moers, wird einstimmig wiedergewählt.

Zu TOP 2.2.: Wahl des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Bürgermeister Harald Zillikens, Jüchen, wird einstimmig zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt.

Zu TOP 3: Perspektiven zur Nutzung von Gewerbe- und Konversionsflächen

Beigeordneter **Gerbrand**, Geschäftsstelle, führt kurz in die Thematik ein und skizziert in diesem Zusammenhang den aktuellen Sachstand zum LEP-Entwurf. Insbesondere versuchten die Kommunalen Spitzenverbände aktuell gemeinsam mit der IHK NRW und dem Westdeutschen Handwerkskammertag zu erreichen, dass die Belange der Wirtschaft bei der Neuaufstellung des LEP in einem eigenen Kapitel behandelt werden, um ihre Gleichwertigkeit mit anderen raumwirksamen Belangen herauszustellen. Zudem weist er darauf hin, dass die Vertreter von ExperConsult, Herr Geschäftsführer Wessels und Geschäftsführer Lennardt die Ausschussarbeit seit vielen Jahren als ständige Gäste begleiten und die Geschäftsstelle bei der Erstellung von Positionspapieren unterstützt hätten.

Im Anschluss schildert Geschäftsführer **Lennardt**, ExperConsult die Situation bei der Entwicklung von Wirtschaftsflächen in NRW. Von 2.399,79 Hektar Potentialflächen in der Metropole Ruhr beispielsweise hätten fast 30 % keine Entwicklungsperspektive.

Kreisangehörige Städte und Gemeinden unterschieden sich in Bezug auf ihre Einzelhandelsituation, einheitliche Öffnungszeiten, Innenstadtmarketing, Erreichbarkeit, Parkplatzsituation usw. per se gewaltig von Großstädten. Sie bräuchten daher passgenaue Konzepte für ihre Standortentwicklung. Kommunale Wirtschaftsförderer stießen aktuell auf immer größer werdende Probleme, Unternehmen für Neuansiedlung, Weiterentwicklung und ähnliche Bedürfnisse Flächen zur Verfügung zu stellen. Die Gründe hierfür seien vielfältig: Möglicherweise sei keine der zur Verfügung stehenden Flächen groß genug für potentielle Investoren. Die Lage einer entsprechenden Gewerbefläche könne für die wirtschaftlich in Betracht kommenden Nutzungen untauglich sein. Es könnten bau- und bodentechnische Vorbelastungen bestehen. Nicht selten bestehe kein Zugriff der Kommune auf geeignete Flächen, weil der Eigentümer nicht verfügbarsbereit sei. Häufig seien Gewerbebetriebe auf bestehenden Brachflächen rechtlichen und tatsächlichen Nutzungskonflikten mit der Wohn- und Gewerbebebauung der näheren Nachbarschaft ausgesetzt. Darüber hinaus könne eine Entwicklung von Innenflächen, insbesondere wenn sie mit einer umfänglichen Baureifmachung (z. B. Abbruch bestehender Gebäude) oder gar mit Altlastendekontamination verbunden sei, in vielen Fällen durch die damit verbundenen hohen Kosten unwirtschaftlich und nicht umsetzbar sein.

Die Entwicklung von militärischen Konversionsflächen sei ebenfalls häufig mit Problemen behaftet. Der Teufel liege im Detail. Der Berichterstatter spricht in diesem Zusammenhang insbesondere Altlasten, Bunkieranlagen, uralte Infrastrukturen, hohe Abrisskosten, schlechte Verkehrsanbindungen sowie Nutzungseinschränkungen durch Nachbarschaft an. Er weist darauf hin, dass der Markt die Nachnutzung bestimme und nicht die architektonischen Möglichkeiten.

In der Diskussion des Ausschusses, an der sich neben den Berichterstattern im besonderen Frau **Altenhein** sowie die Herren **Francken**, **Jansen** und **Sassenhof** beteiligen, bekräftigen die Ausschussmitglieder die kritischen Ausführungen der Geschäftsstelle zum Entwurf des LEP sowie den Vorschlag, dort ein eigenes Kapitel mit dem Thema „Wirtschaft“ einzufügen. Zudem weisen sie darauf hin, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bei der Veräußerung ehemals militärisch genutzter Liegenschaften neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten verstärkt auch strukturpolitische Ziele der Länder und der betroffenen Kommunen gleichrangig berücksichtigen müsse.

Der Ausschuss verabschiedet sodann einstimmig folgenden Beschluss:

„Eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen setzt die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht voraus. Vor diesem Hintergrund beauftragt der Ausschuss die Geschäftsstelle mit der Erarbeitung eines StGB-Positionspapiers zu „Wirtschaftsflächen der Zukunft im kreisangehörigen Raum“ unter Berücksichtigung der durch die Entwicklungen bei der Bundeswehr und dem Abzug anderer Streitkräfte frei werdenden sogenannten Konversionsflächen und des endgültigen LEP.“

Zu TOP 4: Parkraummanagement in den Kommunen

Dr. Suthold und **Dr. Koch** präsentieren und erläutern folgende Thesen zum Parkraummanagement und zur multimodalen Mobilität:

- Den Übergang zwischen individuellem, geteiltem und öffentlichem Verkehr gilt es zu vereinfachen (Tür-zur-Tür-Mobilität), dazu bedarf es intelligenter Parklösungen.
- Eine zunehmend vernetzte Mobilität umfasst neben dem ÖPNV und Verleihsystemen (Bike- und Carsharing) ebenso private Fahrzeuge, insbesondere in Bezug auf die Anforderungen des Ruhenden Verkehrs.
- Für die öffentliche Hand bietet sich eine Gestaltungschance über intelligentes Parkraummanagement, um den öffentlichen Verkehrsraum optimal für alle Verkehrsträger zu nutzen.
- Mobilitätspunkte machen integrierte Mobilität für den Bürger erlebbar, sie bieten einen guten Einstieg in multimodale Verkehrsangebote.
- Die Weiterentwicklung von Quartiersgaragen zu Mobilitätsstationen wird eine Verbesserung der urbanen Mobilität durch eine optimierte Verknüpfung aller Verkehrsmittel ermöglichen.
- Die Finanzierung von Mobilitätsstationen kann primär mit Mitteln der Stellplatzabläse erfolgen.

Ausschussvorsitzender **Rötters** weist zu Beginn der Diskussion darauf hin, dass der Ausschuss bereits vor vielen Jahren Empfehlungen zu Zielen und Bausteinen kommunaler Parkraumkonzepte gegeben habe. Die Ziele

- Verträglichkeit des Parkens mit anderen - um die knappen Flächen konkurrierenden, verkehrlichen und städtebaulichen – Nutzungen,
- Vorrang der Erreichbarkeit durch die Verkehrsarten des Umweltverbundes (Fußgänger, Radfahrer, öffentliche Verkehrsmittel) vor einer Befriedigung der Parkraumnachfrage im Straßenraum,
- ausreichende Parkchancen für die sog. "qualifizierte Parkraumnachfrage", vor allem der Anwohner und des Wirtschaftsverkehrs und mobilitätsbehinderte Kraftfahrer,
- Verträglichkeit der durch die "fließende Komponente" des Parkens hervorgerufenen Belastungen mit den anderen verkehrlichen und städtebaulichen Nutzungen sowie die

- Einbeziehung des privaten Stellplatzangebotes in das Parkraumkonzept

seien nach wie vor aktuell.

Der Ausschuss diskutiert intensiv über die Situation des ruhenden Verkehrs in den Städten und Gemeinden des Verbandes. Dabei melden sich insbesondere Frau **Altenhein** sowie die Herren **Franzke, Jansen, Reuschenbach, Störmer, Susel** und **Dr. Wulf** zu Wort. Nach weit überwiegender Auffassung kommen die Mitgliedskommunen z.Zt. mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten wie des stationären Parkraummanagements durch Wegweisung, Beschilderung und Parkraumbewirtschaftung aus.

Zu TOP 5: Netzwerk „Verkehrssicherheit und Mobilität“

Hauptreferent **Thomas**, Geschäftsstelle, berichtet über den aktuellen Sachstand bei der Gründung des Netzwerks „Verkehrssicherheit und Mobilität“. Ein wesentlicher Inhalt dieses Netzwerkes sei das sogenannte Mobilitätsmanagement, das umfassend eine intelligente Verkehrsmittelwahl für den Bürger unter Einbeziehung der verschiedenen Verkehrsarten ÖPNV/motorisierter Individualverkehr/Carsharing usw. durch gute Information und Vernetzung ermöglichen wolle. Einen Schwerpunkt bei der bewegungsorientierten Mobilität im Nahbereich insbesondere unter Gesundheitsaspekten bringe die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Kreise und Gemeinden ein. Entscheidend sei die gute Verzahnung und Zusammenarbeit dieser beiden Netzwerke. Eine Zusammenführung werde derzeit umgesetzt, so dass nach seiner Einschätzung künftig beide Netzwerke ihre eigenständigen Schwerpunkte vertiefen könnten.

Der Ausschuss fasst nach kurzer Aussprache folgenden Beschluss:

„Die Themen „Verkehrssicherheit und Mobilität“ haben aus Sicht des Ausschusses eine große verkehrspolitische Bedeutung, die regelmäßig nicht auf Stadtverkehre begrenzt ist. Daher empfiehlt sich eine enge regionale Kooperation mit anderen Kommunen und dem Land. Der Ausschuss hält es zur Vermeidung von Doppelstrukturen für zielführend, dass sich das Netzwerk „Verkehrssicherheit und Mobilität“ und die „Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V.“ mit ihren jeweiligen Schwerpunktsetzungen ergänzen.“

Zu TOP 6: Erfahrungsaustausch zum Breitbandausbau in den Kommunen

Beigeordneter **Gerbrand** und Hauptreferent **Thomas**, Geschäftsstelle, fassen den umfangreichen Vorbericht zusammen. Sie verweisen darauf, dass bei der kürzlich durchgeführten Umfrage des Verbandes unter seinen Mitgliedskommunen die Versorgung mit schnellem Internet als eines der wichtigsten Zukunftsthemen in den Städten und Gemeinden definiert worden sei.

In der Aussprache des Ausschusses, an der sich neben den Berichterstattern unter anderem die Herren **Sendermann, Dr. Schulze-Pellengahr, Dr. Wulf** sowie der Ausschussvorsitzende beteiligen, werden unter anderem einfache Verletechniken für Glasfaserkabel, Fördermöglichkeiten sowie Rechtsfragen vertieft.

Zu TOP 7: Ergebnisse der Umfrage zur mittelstandsfreundlichen Verwaltungspraxis in den Kommunen

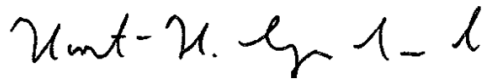
Hauptreferent **Thomas**, Geschäftsstelle, teilt mit, dass sich insbesondere die kreisangehörigen Städte und Gemeinden intensiv an der Umfrage beteiligt hätten. Die Ergebnisse belegten die hohe Sensibilität und Professionalität der Kommunalen Wirtschaftsförderungen. Das Ministerium werde aus den zur Verfügung gestellten Materialien einen Leitfaden mit guten Beispielen zur mittelstandsorientierten Verwaltung zusammenstellen. Zudem werde auf Landesebene über eine Prämierung vorbildlicher Kommunen nachgedacht.

Zu TOP 8: Verschiedenes

Die Ausführungen der Geschäftsstelle werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu 8.4. berichtet Bürgermeister **Völkel** über die Sitzung des Mittelstandsbeirats und geht hierbei insbesondere auf die Vorstellung des bundesweit erstmaligen Modellversuchs zur regelmäßigen Ermittlung des Erfüllungsaufwands bei neuen Gesetzes- und Verordnungsvorhaben ein, die Minister Garrelt Duin vorgestellt habe. Weitere Themen seien die Aufgaben der Clearingstelle NRW sowie der Entwurf des LEP gewesen.

Die nächste Sitzung wird auf Einladung von Bürgermeister Zillikens am **26.08.2015 in Jüchen** stattfinden. Zudem hat Vorstandsmitglied Pagenkopf für die Frühjahrssitzung 2016 nach Leverkusen in die Verkehrszentrale NRW eingeladen.



Horst-Heinrich Gerbrand



Roland Thomas